

AKW abschalten! Jetzt!



Für ein atomkraftfreies Mitteleuropa: Der Anti-Atom-Plan des Landes Wien

Der Kampf gegen grenznahe Atomkraftwerke, der Ausstieg aus der Kernkraft in Mitteleuropa, Lobbying gegen die einseitige Förderung der Atomkraft auf EU-Ebene und die Förderung alternativer Energieträger stehen seit vielen Jahren im Zentrum der Anti-Atom-Arbeit des Landes Wien. Bereits 2003 wurde die Wiener Umweltschutzbehörde mit den Agenden der Atomschutzbeauftragten für Wien betraut und arbeitet seither intensiv mit vielen Verbündeten im In- und Ausland an einem atomkraftfreien Mitteleuropa. Die Stadt Wien lädt NGOs, Anti-Atom-ExpertInnen und VertreterInnen der politischen Parteien des Wiener Landtages regelmäßig zu Anti-Atom-Gipfeln ein, um gemeinsame Vorgangsweisen für ein atomkraftfreies Mitteleuropa zu akkordieren.

1) Kampf gegen grenznahe Atomkraftwerke:

Im Focus des Engagements des Landes Wien stehen die grenznahen AKWs in den Nachbarländern Tschechien (Temelín, Dukovany), Slowakei (Mochovce, Bohunice) und Ungarn (Paks). Daneben ist auch das deutsche KKW Isar auf Grund der direkten Verbindung über die Donau von hohem Interesse.

Spezielle Anstrengungen gibt es gegen das 160 km von Wien entfernte AKW Mochovce, das um zwei Blöcke erweitert werden soll. Bei einem grenzüberschreitendem UVP-Verfahren haben im Jahr 2009 haben 204.162 Wienerinnen und Wiener eine Einwendung gegen den Weiterbau deponiert. Die Bauarbeiten an der Anlage werden dessen ungeachtet fortgeführt – trotz Entscheidungen von Slowakischen Gerichten über fehlerhaft ausgestellte Bewilligungen.

Verzögerungen in der Bauführung werden dazu führen, dass die umstrittene und bereits mehrmals verlängerte Baubewilligung vor Ende der Bautätigkeit nochmals verlängert werden müsste, falls das KKW jemals fertig gestellt werden soll.

Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes versucht die Atom-Lobby unentwegt, AKW Neubauten zu forcieren. Die sogenannte nukleare Renaissance in Europa wurde nach der nuklearen Katastrophe in Japan 2011 in erstaunlicher Geschwindigkeit wieder vorangetrieben. Machte sich nach der Katastrophe von Tschernobyl 1986 noch eine „Nachdenkpause“ von etwa zehn Jahren bemerkbar, begann rasch nach dem März 2011 eine Lobbying-Kampagne der Nuklearindustrie in Europa.

Die WUA als Atomschutzbeauftragte der Stadt Wien reagierte sehr rasch mit einer Konzentration auf die Themen „Un-Wirtschaftlichkeit“ und „negative Treibhausgasbilanz“ der Kernenergie. Das primäre Ziel ist dabei durch Unterstützung wissenschaftlicher Forschung zwei der wesentlichen Argumentationspunkte der Kernenergie zu widerlegen. Durch eine europäübergreifende Zusammenarbeit konnte in diesem Bereich eine Bestrebung zur Verankerung der Förderfähigkeit von neuen Atomkraftwerken durch die Europäische Kommission entgegengewirkt werden.

2) Wien kämpft für Änderung und Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag

Der EURATOM-Vertrag ist einer der Gründungsverträge der Europäischen Union. Er wurde nach 1957 nicht wie die anderen Gründungsverträge an die mannigfaltigen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst, sondern repräsentiert nach wie vor den Erkenntnisstand seines Entstehungsjahres. Sein Ziel, die Entwicklung der Kernenergie in Europa, ist heute, nach zahlreichen katastrophalen Unfällen, explodierenden Kosten und der weiterhin ungelösten Abfallfrage von vielen als historischer Irrtum erkannt worden.

Nach Ansicht der Stadt Wien müsste der EURATOM-Vertrag zu einem Instrument zur weitest möglichen Beseitigung der Folgen der Nutzung der Kernenergie in Europa umgewandelt werden. Gelder die im Rahmen des Budgets der EU unter dem Titel EURATOM freigegeben werden, dürften nur noch zum Atomausstieg eingesetzt werden. Sollte eine Verwendung und Änderung des EURATOM-Vertrags in diesem Sinn nicht möglich sein, tritt Wien für einen Austritt Österreich und anderer atomkraftkritischer europäische Staaten aus der Europäischen Atomgemeinschaft, sowie einer Entkopplung der Budgets von EURATOM und der Europäischen Union ein.

3) Wien im Zentrum eines Internationales Anti-Atom-Netzwerks

Wien ist seit Jahren Drehscheibe der europäischen Anti-Atom-Arbeit und ist bestens vernetzt. Wiens Umweltstadträtin Ulli Sima hat 2011 das Städtenetzwerk europäischer Großstädte – **Cities for a Nuclear Free Europe** – ins Leben gerufen. Aktuell sind im CNFE 17 Partnerstädte - Bergen, Dortmund, Dublin, Düsseldorf, Frankfurt, Freiburg, Hannover, Köln, Manchester, München, Nicosia, Nürnberg, Sarajevo, Stuttgart, Viernheim, Wien, Zagreb – und internationale Organisationen – Climate Alliance International, Mayors for Peace, Mayors for a Nuclear Power Free Japan, Nuclear Free Local Authorities- im Antiatombereich vernetzt. Das Netzwerk agiert auf Europäischer Ebene durch die Vertretung der Interessen der Partner direkt in Brüssel. Treffen mit Entscheidungsträgern in der Kommission, sowie mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und die Disseminierung der von Wien initiierten wissenschaftlichen Arbeiten im Bereich der Kernenergie sind die wesentlichen Kernpunkte der Tätigkeit.

Die folgenden Leitlinien markieren die Eckpunkte der Wiener Anti-Atomarbeit

1. Verringerung des nuklearen Risikos für Wien

Primäres Ziel von Wiens Anti-Atom-Arbeit ist grundsätzlich die Verhinderung der Inbetriebnahme und des Baus neuer Anlagen, die Begrenzung der Lebensdauer bestehender Anlagen sowie die vorzeitige Schließung von besonders gefährlichen Anlagen. Bis zur Schließung der Anlagen muss das höchst mögliche Sicherheitsniveau durchgesetzt werden, wobei der aktuelle Stand der Technik innerhalb der Europäischen Union als Maßstab herangezogen wird.

2. Wien spielt aktive Rolle in der österreichischen und europäischen Anti-Atom-Politik

Die enge Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen schafft die Basis für eine fachlich belastbare Position Wiens. Die Kooperation mit den anderen Bundesländern und dem Bund, NGOs, den Partnerstädte innerhalb des Netzwerks CNFE, sowie anderen Netzwerken verleiht den Anliegen Wiens ein größeres Gewicht. Die Information für die Bürgerinnen sichert die Verankerung der Anti-Atompolitik in der Bevölkerung.

3. Wien hat mit der Wiener Umwelthanwaltschaft zentrale Drehscheibe der Anti-Atompolitik

Die Wiener Umwelthanwaltschaft stellt die fachliche Expertise für eine fundierte Anti-Atompolitik des Wiens zur Verfügung. Sie vernetzt Politik, NGOs, Bürgerinnen, den anderen Bundesländern und dem Bund, sowie der europäischen Ebene. Darüber hinaus erstellt sie zahlreiche Studien – *Auflistung siehe Anhang*.

Wiener Anti-Atom-Schwerpunkte 2014/15

Aktive Teilnahme an grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen

Projekte in Tschechien (Dukovany), der Slowakei (Bohunice), Ungarn (Paks), Slowenien (Krsko) und Polen sind für die Zukunft nicht auszuschließen. Die aktive Teilnahme an den UVP-Verfahren einschließlich der Nutzung von potenziellen Klagemöglichkeiten gegen fehlerhafte UVP-Bescheide kann zu bedeutenden Verzögerungen und Kostenerhöhungen bei der Realisierung der unerwünschten Projekte führen. Dies verbessert Chancen zur Realisierung von nachhaltigen Energieprojekten und trägt zur Verdrängen der Atomkraft bei.

Bewusstseins- und Informationsarbeit national und international verstärken

Die Zusammenarbeit mit den Partnerstädten soll vertieft werden. Die erfolgreiche Informationsarbeit in Brüssel wird fortgesetzt. Der Themenschwerpunkt liegt hier besonders auf der Unwirtschaftlichkeit der Kernenergie.

Mit Hilfe des Städtenetzwerkes CNFE sollen die Schwerpunkte der Antiatompolitik (Haftung für KKW und keine Förderung für Atomstrom) direkt in Brüssel platziert werden. Für ein effektives und effizientes Vorgehen auf europäischer Ebene ist eine exzellente, fachlich abgesicherte Argumentationsgrundlage in den Transportierten Themenbereichen notwendig. Die WUA trägt im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst,

sowie durch den engen Kontakt mit wissenschaftlichen Einrichtungen für das Vorhandensein der notwendigen Grundlagen Sorge.

Zentral ist desweiteren die Implementierung der Anti-Atom-Initiativen des Landes Wien auf die Bundesebene. Zu diesem Zweck sollen strategische Allianzen mit anderen Bundesländern verstärkt sowie anderen potentiellen Partnerschaften geschlossen werden. Es wird angestrebt im Rahmen der Konferenz der LandesumweltreferentInnen eine verstärkte Initiative auch der anderen Bundesländer und der Bundesregierung auszulösen und Schwerpunkte der Bundesländer in ihrer entsprechenden Arbeitsagenda zu etablieren.

Umsetzung der Erkenntnisse der Europäischen Stresstests in den Grenznahen Atomkraftwerken

Die Umsetzung der Ergebnisse der Stresstests in den grenznahen KKW wird im Rahmen der bilateralen Nuklearexpertentreffen, an denen die WUA für Wien teilnimmt verstärkt thematisiert. Ziel ist die Verbesserung der Sicherheit der Reaktoren oder die Stilllegung der Anlagen aus wirtschaftlichen Gründen. Der Einsatz gegen neue KKW ist ein zentrales Anliegen.

Breite Information der Öffentlichkeit – Kooperation mit den NGOs

In den letzten Jahren sind umfangreiche Aktivitäten der internationalen Atomlobby im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung der Renaissance der Kernenergie zu verzeichnen. In Tschechien werden vom Temelin-Betreiber enorme Summen für PR-Maßnahmen aufgewendet. Zunehmend wird auch Österreich das Ziel von Aktivitäten im Bereich des Kernkraftlobbyings.

Es ist daher dringend erforderlich, die Informationstätigkeit im Rahmen der Anti-Atom-Offensive sowohl auf offizieller Ebene, als auch durch die beteiligten NGO´s zu verstärken. Besonderes Augenmerk ist auf die Information im Rahmen von Veranstaltungen, sowie die Nutzung moderner elektronischer Informations- und Kommunikationsmittel zu richten. Wien strebt bei der zukünftigen Anti-Atom Arbeit nicht nur eine intensive Zusammenarbeit mit anderen Bundesländer, sondern im Rahmen der Landtagsparteien eine breite politische Kommunikation an. Die bereits erfolgreichen und breitunterstützten Antiatomgipfel Wiens werden auch in Zukunft die Basis dieser gegenseitigen Unterstützung und Information darstellen.

Forcierung der Alternativen Energieträger

Wien setzt weiterhin auf eine Umsetzung der Energieumstellung hin zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energieträgern. Der damit verbundene Ausstieg aus der Atomstromverwendung und damit die verbundene Beispielswirkung ist ein wirksamer Beitrag zur Wiener Anti-Atompolitik. Die im Eigentum der Stadt befindlichen Energieversorgungsunternehmen sind zu 100% atomstromfrei.

Infos auf:

www.wua-wien.at

www.cnfe.eu

Bereits erschienen Studien der Wiener Umweltschutzgesellschaft

www.wua-wien.at/home/publikationen